. 25 Oktober 1922 • 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 5 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

. 484

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Reise der Reparationskommission nach Berlin.

Ankunft am Sonntag Abend.

ung mit der Regierung, mit Industrie- und Bank- – Dauer des Aufenthaltes mindestens eine Woche.

elegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 25. Oktober.

eise der Reparationskommission nach Berlin ern nach einer dreistündigen Sitzung einstimmig be- n. **Die Kommission wird unter Führung ihres en Barthou vollzählig am Sonntag abend ab- d richtet sich auf einen Aufenthalt ein, der min- ine Woche, aber nicht länger als vierzehn Tage oll.** Die Mitglieder der Kommission haben die Absicht, mit dem Kanzler und den anderen Ministern andeln, sondern auch mit Vertretern der ustrie und der Banken Fühlung zu suchen. oll nach einer Information des Gablogramme mit der ders zufrieden sein, weil er bei dieser Gelegenheit finden wisse eigene Gedanken über das Reparations- zu entwickeln. In der Pariser Presse hat dieser eine große Ueberraschung erregt, die sich taren der Morgenzeitungen ausspricht. Einige Zeitungen k tendenziöse Mitteilungen gebracht, die noch gestern früh heit für den „Plan Bradbury" in Aussicht stellten. Wer formiert war, wußte, daß diese Darstellung falsch sei, und n offiziösen Beratungen die Verschiedenheit der Auffassungen sich täglich mehr zu erkennen gab. muß betont werden, daß sowohl Barthou wie Bradbury rsten etwas schärferen Kontroversen den Wunsch zeigten, gleich zu finden, und daß bei dieser Bemühung alle itglieder der Kommission, besonders aber Delacroix ersuchten. So kam denn dies Kompromiß zustande, dessen hauptsächlich in der Tatsache liegt, daß **die Repara- mission keinen Beschluß fassen will, ohne die deutsche g zu hören.** Es soll beraten, nicht detretiert werden. sung in der Kommission, wie sie zurzeit besteht, wird folgender Art geschildert: Die französischen Dele- nschen eine strenge Kontrolle, die in die deutsche tung eingreift; die englischen Delegierten sind e Kontrolle nicht ganz der gleichen, aber ähnlicher rsuchen, falls die deutsche Regierung ihre Zustimmung r das Moratorium soll nach den vorläufigen Ver- erst bei der Finanzkonferenz in Brüssel gesprochen iese Frage ist nicht so dringend wie die Stabilisie- r Mark, da nach den bestehenden Anordnungen Deutsch- ugenblick keine Barzahlungen zu leisten hat. Die französi- ngen beurteilen den Beschluß der Reparationskommission er politischen Haltung in verschiedener Art. Die Blät- schärferen Richtung, wie „Echo de Paris", sind d sprechen die Hoffnung aus, daß Deutschland sich auf olle einlassen werde, damit dann endlich „die notwendigen nahmen" nach freundschaftlicher Verständigung mit Eng- sen werden können. Die Mehrzahl der anderen Zeitungen die Situation nicht durch Drohungen und Angriffe gegen zu verschärfen. Der „Petit Parisien" gibt sogar zu, daß rigkeit der Verständigung mit Deutschland verhindert ne, wenn man dem Reich für sein Einverständnis das n als Zuckerstück vorhalte. Es ist richtig, daß eine Ver- mit Genugtuung begrüßt werden würde. Die jetzige g wurde von den Politikern, die über die Stimmung in tionskommission informiert sind und denen auch die An- Barthous nicht unbekannt sind, bereits seit einiger Zeit gen. In der Abendausgabe des „Berliner Tageblatt" ktober wurde zum erstenmal auf die Mög- einer Informationsreise Barthous nach hingedeutet. Diese Meldung kann, wie es sich jetzt s guter Quelle.

Paris, 25. Oktober. (W. T. B.)

Entscheidung der Reparationskommis- Sonntag abend nach Berlin zu begeben, schreibt „Petit Was bedeutet dieser Beschluß? Das offizielle Communiqué t, aber es ist nicht unmöglich, es zu erraten. Man weiß, nzösische Delegation als Antwort auf den Plan Brad- sen Gegenvorschlag unterbreitet hat, in dem sie die so- anisation einer wirksamen Kontrolle über die deutschen rschlägt. Schon bei der ersten Besprechung, die am letzten begonnen hat, wurde geklagt, daß Sir John Bradbury trolle absolut feindlich gegenübersteht. war, daß weder der Vertrag von Versailles nachträglichen Abkommen das Recht iese Kontrolle aufzuzwingen, und daß es che Zugeständnis zu erlangen, es notwendig wäre, als Gegenleistung ein Moratorium zu gewähren. im übrigen bemüht, darzutun, daß angesichts der Lage ngertes Moratorium notwendig geworden sei. In ie habe der britische Delegierte vorgeschlagen, den fran- ntrollplan einer technischen ernsteren Prüfung en; er habe sogar davon gesprochen, ihn dem Bankier- zu unterbreiten. Auch eine Reise nach Berlin vorgeschlagen, um an Ort und Stelle mit der egierung die praktischen Maßnahmen zu beraten, die diese ordern könne. Der erste Teil der Bemerkungen habe genommen werden können und die französische Regie- gere sich hartnäckig, neue Moratorien zu n.

Paris, 25. Oktober. (W. T. B.)

anzösischen Kammer ist ein Gesetzentwurf zu- urch den die französische Regierung der pol- Regierung einen Kredit bis zu 400 Millionen für den die polnische Regierung Pfänder zu stellen hat. der Begründung zu dem Gesetz wird angeführt, daß die egierung diesen Kredit im Februar 1921 zur Deckung von Organisationsausgaben, die in Frankreich gemacht werden sollen, verlangte. Die französische Presse hat bis jetzt von diesem Antrag keine Kenntnis gegeben und auch nicht angedeutet, welches die Ausgaben sind, die die polnische Regierung innerhalb Frankreichs zu machen gedenkt, um Organisationsverbesserungen zu treffen.

Die Beratungen über die Stabilisierung der Mark.

Ankunft der ersten ausländischen Sachverständigen in Berlin.

M. J. Wenn der Reichskanzler gestern im Reichstag die beabsichtigte öffentliche Erklärung zur Frage der Markstabilisierung nicht abgegeben hat und eine Vertagung des Reichstags auf zwei Wochen erfolgte, so ist dies im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß **die Regierung gestern nachmittag inoffiziell von dem bevorstehenden Besuch der Reparationskommission in Berlin in Kenntnis gesetzt** wurde. Es schien zweckmäßig, den Beratungen mit der Reparationskommission nicht vorzugreifen und die Pause in den Reichstagsverhandlungen zugleich dazu zu verwerten, um die noch nicht beigelegten Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium in der Zwischenzeit durch eine Verständigung über die Devisenverordnung aus der Welt zu schaffen. In diesem Sinne ist denn auch gestern im Reichstag eine Einigung erzielt worden, und alle Krisengerüchte, die im Zusammenhang hiermit im Umlauf gesetzt werden, müssen darum als gegenstandslos bezeichnet werden. Wir glauben recht informiert zu sein, wenn wir sagen, daß die maßgebendste Stelle entschlossen ist, die letzten Schwierigkeiten, die sich (teils infolge von Kompetenzstreitigkeiten, teils wegen des Widerstandes gewisser Interessentengruppen) gegen radikale Vorkehrungen zum Einhalt des Marksturzes erheben, in diesen Tagen mit rücksichtsloser Energie zu beseitigen. Heute und morgen werden mehrere Zusammenkünfte stattfinden, die wohl erheblich zur Behebung solcher Schwierigkeiten beitragen werden.

Zunächst versammeln sich **heute nachmittag die Staatssekretäre** der Reichsministerien, um noch einmal gemeinsam und grundsätzlich zu der Devisenordnung Stellung zu nehmen. Danach wird **unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Reihe hervorragender Berliner Bankfachleute,** unter ihnen der Reichsbankpräsident Havenstein und die Herren Dr. v. Stauß (Deutsche Bank) und Urbig (Distonto-Gesellschaft), eine Beratung über den gleichen Gegenstand aufnehmen. Am Abend wird dann wahrscheinlich noch eine **Sitzung des Reichskabinetts** stattfinden, um die Ergebnisse der beiden Konferenzen zu erörtern. Die für heute in Aussicht genommene weitere **Besprechung zwischen Regierung und Parteiführern** wird erst morgen stattfinden.

Inzwischen sind bereits einige der hervorragendsten ausländischen Finanzsachverständigen, und zwar die Herren Professor J. M. **Keynes** (London), Professor Gustav **Cassel** (Stockholm) und der Präsident der Bank von Holland, **Dissering,** die zu einer Konferenz über die Frage der Markstabilisierung von der Reichsregierung nach Berlin eingeladen worden sind, **hier eingetroffen.** Auch andere neutrale und alliierte Länder werden durch ihre besten Namen auf dieser Konferenz vertreten sein. Da einige von ihnen aber erst Mitte oder Ende nächster Woche in Berlin eintreffen können, wird es, wie wir im Morgenblatt schon bemerkten, noch einige Tage dauern, bis die Konferenz eröffnet werden kann. Es versteht sich von selbst, daß die Hinzuziehung dieser ausländischen Berater nur ein Glied einer ganzen Kette von Maßnahmen darstellt, die alle auf die Stabilisierung der Markwährung Bezug haben und alle mittelbar oder unmittelbar mit der Brüsseler Finanzkonferenz in Verbindung stehen. Es bedarf darum auch keiner besonderen Betonung, daß auch nach anderen Richtungen hin Fühlung genommen wurde, um am Ende eine restlose Klärung der ganzen Frage erzielen zu können. In diesem Rahmen werden natürlich die Verhandlungen mit der Reparationskommission eine sehr bedeutende Rolle spielen. Es verlautet, daß die Delegierten der Kommission — voraussichtlich werden es die Herren Barthou, Bradbury und Salvago-Raggi sein — diesmal ihren Aufenthalt in Berlin nicht so kurz bemessen wollen, wie die letzten Male. In dieser Absicht kommt zum Ausdruck, daß die Reparationskommission davin mit der Reichsregierung übereinstimmt, daß eine eingehende Prüfung der Lage erforderlich ist, und daß mit diktatorischen Beschlüssen nichts erreicht werden kann. Insofern ist auch der Besuch der Delegierten in Berlin zu begrüßen und gewinnt höchst aktuelles Interesse.

Vermutlich wird sich Gelegenheit bieten, auch über die **deutschen Kohlenlieferungen an die Alliierten** zu verhandeln, die, wie schon kurz berichtet, Gegenstand einer neuen Note der Reparationskommission an die deutsche Regierung sind. Dem Vernehmen nach steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß die gegnerischen Forderungen **unerfüllbar** sind. In den letzten Monaten mußte durchschnittlich für acht bis neun Milliarden Mark Auslandskohle monatlich eingeführt werden. Die fortdauernde Entwertung der deutschen Mark läßt es als ausgeschlossen erscheinen, einen für die deutschen Finanzen untragbaren Import dieser Art fortzuführen. Die neuen Forderungen würden bedingen, daß Deutschland um 200 000 Tonnen mehr als in den letzten Monaten an Frankreich liefert. Dabei decken die inländischen Zufuhren nicht einmal den normalen Verbrauch der Bahnen, Gas- und Elektrizitätswerke! Am Sonnabend wird beim Reichskanzler eine Beratung mit einigen hervorragenden Industriellen stattfinden, um zu den neuen Forderungen der Alliierten Stellung zu nehmen.

Die neuen Beamtengehälter.

Die Kinder- und Frauenzulage. — Die Erhöhung des Grundgehaltes. — Die Ortszulagen. — Die notwendige Abstoßung überflüssigen Personals.

Von [Nachdruck verboten.]

C. Delius,

Mitglied des Reichstags.

Die fortgesetzte Behandlung von Beamtenbesoldungsfragen ist für den Staat und die Beamtenschaft nicht von Vorteil, weil in weiten Kreisen der Eindruck erweckt wird, daß die ganze Gesetzgebung nur für die Beamten arbeitet. Deshalb das Wachsen der Antipathie gegenüber den Staatsbediensteten, die man für die großen Defizite im Reichs-, Staats- und Gemeindehaushalt in erster Linie verantwortlich macht. Gewiß erfordert das mehr als unbedingt nötig angeschwollene Beamtenheer gewaltige Milliardenausgaben, aber der einzelne Beamte ist daran unschuldig. Was die Beamten verlangen können, ist die Gewährung einer leidlichen Existenzmöglichkeit. Diese wurde ihnen nicht immer rechtzeitig gewährt. Die Besoldungsregelungen hinkten immer zu sehr der Teuerung nach. Diese Verzögerungen bedeuteten nicht etwa in allen Fällen Ersparnisse für den Staatssäckel, sondern belasteten ihn im Gegenteil häufig sehr. Der amtliche Apparat arbeitete zu langsam. Häufig verzögerten auch die Streitigkeiten zwischen den Beamtengewerkschaften die Arbeiten. Die Durchführung der Besoldungsordnung ließ namentlich in Preußen mehr als alles zu wünschen übrig. Es war gang und gäbe, daß insbesondere die Lehrer und Ruhestandsbeamten nicht nur Monate, sondern Jahre auf die Auszahlung der längst fälligen Beträge warten mußten. Alle Versuche dagegen halten wenig Erfolg, der preußische Amtsschimmel war nicht in Trab zu bringen. Verschiedene Provinzregierungen sind mit ihren Zahlungen auch jetzt noch viele Monate im Rückstande. Man bedenke, was das bei der fortgesetzt sinkenden Mark für eine große finanzielle Schädigung der betroffenen Beamten bedeutet. Zum großen Teil ist die zu langsame Durchführung der Gesetze auf ihre Häufigkeit und Kompliziertheit zurückzuführen.

Die neueste Besoldungsnovelle sollte dem abhelfen. In der Begründung dazu wird die kassentechnische Vereinfachung betont. Bei Betrachtung der Vorlage verspürt man davon leider nicht allzu viel. Gewiß bedeutet es einen kleinen Fortschritt, wenn die Pfennigbeträge verschwinden und das Einkommen nach Monatsbeträgen festgesetzt wird. Aber die Unübersichtlichkeit und Vielgestaltigkeit der Beamtenbesoldung wird dadurch nicht behoben. Zum Beispiel im besetzten Gebiet setzt sich auch jetzt noch das Einkommen aus zehn verschiedenen Positionen zusammen. Es wird daher wenig Beamte geben, die über die Höhe ihres Einkommens genügend unterrichtet sind. Das ist sicherlich im Interesse der Beamtenwirtschaft nur zu bedauern. Ein weiteres Moment der Verbesserung sollte in der Ausgestaltung der sozialen Zulagen liegen, die unter schweren Kämpfen gegenüber den Gewerkschaften nach und nach zur Einführung gelangten. Die Beamtenschaft, früher in ihrer großen Masse Gegner aller Besoldungsteile, die nicht das Leistungsprinzip zur Grundlage hatten, hat sich mehr und mehr mit der sozialeren Gestaltung der Beamteneinkommen befreundet. Eine eifrige Agitation dafür entfaltet insbesondere der Bund kinderreicher Beamten. Gegenagitation treibt der Bund der ledigen Beamten. Beide Organisationen halten sich nicht von Extremen frei. In einem normalen Staatswesen ist sicherlich die Bezahlung nach der Leistung das Gegebene. In einem todkranken Staat wie dem unserigen ist mit schönen Theorien nichts anzufangen. Hier muß innerhalb der beschränkt zur Verfügung stehenden Mittel in erster Linie den wirtschaftlich schwachen, und das sind die kinderreichen Beamten, geholfen werden. Deshalb begrüßten wir die Einführung der Kinderbeihilfen, für deren weiteren Ausbau wir ständig eintraten. Diesem Wunsche entspricht jetzt die Regierung auch wieder in ziemlich weitgehendem Umfange. Rückwirkend vom 1. Oktober ab werden die Kinderzuschläge auf 200 Mark für Kinder bis zum sechsten Jahre, auf 250 Mark für solche bis zum vierzehnten und 300 Mark für solche bis zum 21. Lebensjahre festgesetzt. Das bedeutet eine merkbare Hilfe für die Beamtenfamilien. Freilich völlige Befriedigung wird auch hiermit nicht erreicht. In den Kreisen der höheren Beamten verlangt man die Staffelung der jetzt für alle Beamten gleichmäßigen Beträge nach dem Grundgehalt. Ein solcher Gedanke ist als unsozial und undemokratisch abzuweisen. Richtiger wäre schon die individuelle Behandlung, die Festsetzung der Beihilfen je nach den Kosten der Ausbildung und des Unterhaltes. Eine solche Gestaltung käme allen Beamten zugute. Sie könnte die Beamten in den Landorten und Kleinstädten infolge der besonders schwierigen Kindererziehung (Besuch auswärtiger Lehranstalten) stärker berücksichtigen. Zurzeit stehen aber einer solchen gerechten Regelung technische Bedenken entgegen. In normaleren Zeiten wird man ihr erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen. Ebenso würde sicherlich dem bevölkerungspolitischen Interesse mehr als bisher gedient werden, wenn die Sätze bei dem zweiten und folgenden Kinde entsprechend erhöht würden. Ein solcher Vorschlag von uns ist seinerzeit abgelehnt worden.

Die weitere, als soziale Zulage anzusprechende Frauenzulage betrug bisher jährlich 2500 Mark. Die Regierung wollte sie auf drei Prozent des Grundgehaltes und der Ortszulagen festsetzen. Das würde eine Klassifizierung der Ehefrauen gebracht haben, die schon innerhalb jeder Besoldungsgruppe unerträgliche Unterschiede ergeben hätte. Die größeren Anforderungen, die beispielsweise an die Frau eines höheren Beamten gestellt werden, wollten Deutschnationale und Volkspartei bestimmen, für die Regierungsvorlage einzutreten. Wir Demokraten mußten eine solche Regelung ablehnen. Abgesehen davon, daß sie angesichts der nicht bestreitbaren Mindestanforderungen an das Leben, das für alle gleich ist, unsozial